

Gemeinsame Positionen zur Kommunalwahl von DGB Bayern und BUND Naturschutz

27.02.2026

Sozial und ökologisch vor Ort – für lebenswerte Städte und Gemeinden in Bayern

Bayern braucht wirksamen Klimaschutz:

Die fortschreitende Klimakrise bedroht die Lebensgrundlagen der Menschen in Bayern. So hat sich die durchschnittliche Temperatur im Freistaat bereits um 1,9°C erhöht. Das bedeutet, dass sich Bayern schneller als der weltweite Durchschnitt erhitzt. Die Klimakrise stellt auf verschiedensten Ebenen eine Bedrohung für ein gutes Leben in Bayern dar: Extremwetterereignisse nehmen zu, die Sommer werden heißer und trockener und globale Krisen werden sich immer stärker auf das Leben und Wirtschaften auswirken. Diese Auswirkungen werden Menschen mit niedrigem Einkommen besonders hart treffen. Klimaschutz, der sozialverträglich umgesetzt wird, ist daher auch ein Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

Bayern muss deshalb an seinem Klimaziel 2040 festhalten und auch in Zeiten globaler Unsicherheit an einer nachhaltigen Zukunft arbeiten. Dazu gehört auch, den wissenschaftlichen Konsens über die Gründe und das Ausmaß der Klimakrise nicht immer wieder infrage zu stellen, sondern mutig nach vorne zu schreiten.

Bayern braucht 100% erneuerbare Energien:

Eine verlässliche Energieversorgung ist für die bayerische Wirtschaft von entscheidender Bedeutung. Dies wurde nicht zuletzt durch die Energiekrise infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine und die ungenügende Vorbereitung auf den lang bekannten Atomausstieg deutlich.

Diese Energie wird in Zukunft noch stärker in Form von Elektrizität geliefert werden – Elektrizität, die aus erneuerbaren Quellen stammt. Für eine sichere und bezahlbare Versorgung mit erneuerbarer Energie braucht Bayern einen ausbalancierten Mix aus Photovoltaik und Windkraft. Hier hat Bayern großen Nachholbedarf, denn einer installierten Leistung von 32 GW Photovoltaik stehen nur knapp 3 GW Windenergie gegenüber.

Die Konsequenzen sind nicht nur für den Klimaschutz gravierend. Dieses Ungleichgewicht trägt auch zu einem hohen Bedarf an Stromimporten aus dem Norden bei, wofür das aktuelle Netz nicht ausgelegt ist. So müssen teure Gaskraftwerke einspringen und die Kosten für den Netzausbau steigen weiter. Eine mögliche Konsequenz wäre die Aufteilung Deutschlands in mehrere Strompreiszonen, was für die bayerische Wirtschaft deutlich steigende Strompreise bedeuten würde.

DGB Bayern und BUND Naturschutz fordern deshalb neben einem weiter starken Ausbau der Photovoltaik einen beschleunigten Ausbau der Windenergie. Eine vom BUND Naturschutz in Auftrag gegebene Studie der TU München und des ZAE ergab, dass für eine vollständige Versorgung Bayerns mit erneuerbaren Energien eine Verdopplung der aktuellen PV-Leistung und eine Verelffachung der Wind-Leistung notwendig ist.

Für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien ist vor allem die notwendige Rahmensetzung für den dezentralen Aufbau zugunsten der Regionen vor Ort erforderlich. Dies beinhaltet nicht nur, behindernde rechtliche Regelungen für den Ausbau

abzuschaffen, sondern auch, ihn in die richtigen Hände zu legen. Wenn die Energiewende die Wertschöpfung in den Regionen befördern soll, müssen insbesondere auch Kommunen sowie Bürgerenergiegenossenschaften in die Lage versetzt werden, einen relevanten Teil dieser Investitionen selbst tätigen zu können. Dafür benötigt es nicht zwangsweise Landesförderungen, sondern vielmehr eine entsprechende Rahmensetzung, die Kommunen und Energiegenossenschaften entsprechende Investitionen ermöglicht. Der BUND Naturschutz schlägt darüber hinaus eine stärkere Förderung der Oberflächen- und Tiefengeothermie, Anlagen für Agri-Photovoltaik sowie eine Solarpflicht für Neubauten vor.

Die Energiewende erfordert Fachkräfte. Laut dem Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung werden 190 Berufe benötigt, die für den Ausbau von Solar- und Windenergie relevant sind. Insgesamt fehlen in diesen Berufen deutschlandweit jedoch 216.000 Fachkräfte. Vor dem Hintergrund des bereits bestehenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz zwischen Branchen und politischen Zielen (z.B. E-Mobilität, Energieeffizienz-Sanierungen etc.), für die es ähnliche Fachkräfte braucht, kann der steigende Bedarf für die Energiewende zu noch höheren Engpässen führen.

Bayern braucht umweltfreundliche Mobilität:

Die Transformation der Automobilindustrie umfasst wesentlich mehr als nur ein neues Antriebskonzept. Die Automobilindustrie ist durch die doppelte Transformation aus Dekarbonisierung und Digitalisierung getrieben. Für die Beschäftigten bedeutet die Transformation im Automotive-Sektor, sich für den Erhalt von Arbeitsplätzen und sozialen Standards sowie für bessere Arbeitsbedingungen in den neuen Unternehmen und Wertschöpfungsketten – im Batteriekomplex und in der digitalen Wertschöpfungskette – einzusetzen. Zudem sollten sie sich an der kreativen Ideenfindung für Klimarechtigkeit und menschengerechte Verkehrssysteme in lebenswerten Städten und Regionen beteiligen.

Mobilität ist eine wesentliche Basis des Wohlstands in Bayern und ein Teil der persönlichen Freiheit und Individualität der Menschen. Einerseits ist die Beförderung von Menschen und Gütern eine notwendige Grundlage und andererseits ist die Produktion von Straßen-, Schienen- und Luftfahrzeugen ein wichtiger Bestandteil der bayerischen Wirtschaft.

Der DGB Bayern und der BUND Naturschutz sehen jedoch mit Sorge auf die zukünftigen Herausforderungen im Bereich der Mobilität. Verkehrsvermeidung und -verlagerung vom Auto auf den ÖPNV sowie den Bahn-, Fuß- und Radverkehr müssen forciert werden. Zur Einhaltung der Klimaziele von Paris ist eine ganzheitliche Verkehrswende nötig, die unter sozial-ökologischen Gesichtspunkten zügig vorangebracht werden muss – auch auf kommunaler Ebene. Neben notwendigen strukturellen Änderungen sind die Elektrifizierung der Mobilität und die Beachtung der Energieeffizienz wichtige Faktoren für den Klimaschutz. Elektrofahrzeuge, vor allem im Personenverkehr, müssen einen bedeutenden Teil des Fahrzeugparks ausmachen. Die öffentliche Hand muss hier eine Vorbildfunktion einnehmen und dabei soziale und ökologische Standards berücksichtigen. Zu lange wurde in Deutschland mit der Elektrifizierung gewartet, sodass die deutsche Industrie auf dem globalen E-Auto-Markt von China abgehängt wurde.

Erhalt der Verkehrswege

In Bayern gibt es 2.515 Kilometer Bundesautobahnen, 6.525 Kilometer Bundesstraßen sowie Staats- und Kommunalstraßen. Das Schienennetz umfasst 6.308 Kilometer und das Wasserstraßennetz ca. 300 Kilometer. Insbesondere beim Straßenbau gilt hier: Erhaltung vor Neubau. Um eine faire Behandlung der Arbeitnehmer*innen in diesem Sektor zu gewährleisten, muss die Vergabe aus öffentlichen Mitteln an die Tarifbindung geknüpft werden. Die Finanzierung im Verkehrssektor muss zu ganzheitlichen, ökologisch nachhaltigen Mobilitätskonzepten führen.

ÖPNV

Insbesondere im ländlichen Raum und in Randgebieten urbaner Ansiedlungen können die Menschen manche Ziele zu bestimmten Uhrzeiten nicht

mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen, da es keine Verkehrsanbindung gibt.

Um den ÖPNV im ländlichen Raum attraktiver zu gestalten, müssen Takte und Verkehrsverbindungen an die Bedürfnisse der Menschen angepasst und die Nutzung des ÖPNV für die Verkehrsteilnehmer*innen allgemein vereinfacht werden. Eine wesentliche Erleichterung ist beispielsweise ein benutzerfreundliches Mobilitätsticket (Deutschlandticket), das zu bezahlbaren Preisen dringend erhalten bleiben muss, um Mobilität unter sozialverträglichen Gesichtspunkten zu gestalten.

Schienenverkehr

In den vergangenen Jahrzehnten wurden zahlreiche Eisenbahnstrecken in Bayern stillgelegt und insbesondere der Personennahverkehr in den ländlichen Räumen merklich ausgedünnt. Diese Entwicklung trägt nicht zur Entlastung des stetig anwachsenden Straßenverkehrs bei, wobei eine Verlagerung von der „Straße auf die Schiene“ dringend geboten wäre. Die Verbindungen sind entsprechend den Arbeitszeiten in den frühen Morgen- und späten Abendstunden auszuweiten (Schichtbetrieb). Die betroffenen Kommunen müssen sich hierfür beim Freistaat einsetzen.

Der Bayerntakt ist weiterzuentwickeln und für den grenzüberschreitenden Verkehr mit den anderen Bundesländern in einen nachfragegerechten Einklang zu bringen. Grundsätzlich bedarf es der Erhaltung und gegebenenfalls des Ausbaus vieler Strecken, die von Ober- und Mittelzentren in die Randbereiche führen. Gleichzeitig ist eine engere Taktdichte bei den Zügen in die Ballungszentren unerlässlich. Dringend geboten sind eine Elektrifizierung der Strecken sowie geeignete Straßen-Schienen-Schnittpunkte für den Personen- und Güterverkehr. Die Kommunen müssen eine Verlagerung aktiv anstreben.

Ganzheitliche Mobilität

Neue Sharing-Angebote erleichtern die Kombination von ÖPNV und Individualmobilität. Im Sinne einer ganzheitlichen Mobilität sollten solche Angebote auch im ländlichen Raum weiter gefördert werden. Die Verkehrsunternehmen müssen sich als

Mobilitätsdienstleister verstehen und ihren Kunden eine Bandbreite an Möglichkeiten anbieten, die bezahlbar und einfach zu nutzen sind. Eine Verknüpfung der Angebote von Schienen-Fernverkehr, Bus, Bahn-Nahverkehr, Sharing-Programmen, Radverkehr und Fußverkehr ist dringend zu diskutieren. Dabei muss eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs das gesetzte Ziel sein.

Fahrradverkehr

Um mehr Berufspendler*innen den Umstieg aufs Fahrrad zu ermöglichen, muss der Ausbau von Rad-schnellwegen zügig vorangebracht werden. Gut ausgebaute Radverbindungen zwischen den Zentren der Städte im Ballungsraum und den Landkreisen, die schnell und unter Berücksichtigung von Naturschutz-Aspekten realisiert werden, können den Verkehr entlasten und eine gesunde Alternative für Pendler*innen bieten. Hierzu bedarf es auch einer höheren Bereitstellung von Fahrrad-Transportplätzen in Bus und Bahn sowie von Abstellplätzen für Fahrräder in den Städten und an Bahnhöfen. Auch der Gütertransport mit Fahrrädern (auch E-Bike-Mobilität) ist zu fördern, da dieser insbesondere den Verkehr in den Städten entlasten kann.

Bayern braucht gute Planung:

Die Staatsregierung hat durch verschiedene Maßnahmen die Bedeutung der Raumordnung zurückgedrängt und die Verantwortung für die Erfüllung staatlicher Ziele an die Kommunen delegiert. Da die Ziele des Landesentwicklungsprogramms weiterhin im Widerspruch zur tatsächlichen Raum- und Siedlungsentwicklung in Bayern stehen, fordern BUND Naturschutz und DGB Bayern eine Neuausrichtung der Landesentwicklungspolitik, die sich konsequent an den Herausforderungen bezahlbaren Wohnens, kompakter Siedlungsentwicklung, nachhaltiger Mobilität, Klimawandel, Energiewende, Freiraumschutz und lebendiger Zentren orientiert. Dazu ist auch eine Neubelebung des Zentrale-Orte-Konzepts notwendig. Denn nur eine Minderheit der Zentralen Orte mittlerer oder höherer Hierarchiestufe ist heute in der Lage, ihre Funktionszuweisung auch zu erfüllen. Es gibt mittlerweile sogar neu ausgewiesene Mittelzentren, die

aufgrund ihrer defizitären Ausstattung Probleme haben, ein grundlegendes Versorgungsangebot sicherzustellen.

Auch die Heimatstrategie und das Instrument des Regionalmanagements zielen im Kern darauf ab, die Autonomie der Kommunen weiter zu erhöhen, um sie stärker in die Eigenverantwortung zu nehmen. Die Konsequenz dieser Verantwortungsdelegation ist ein verstärkter Wettbewerb der Kommunen um Einwohner*innen, Steuern und öffentliche Einrichtungen.

Bayern braucht eine starke Demokratie:

Wir brauchen mehr Demokratie am Arbeitsplatz, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft. Das ist unsere Antwort auf die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben und wie wir unsere Arbeitsplätze gestalten und sichern wollen. Das ist die Haltung, mit der wir als Kolleginnen und Kollegen landauf, landab jeden Tag Arbeit und Leben gerechter und solidarischer machen. An unseren Arbeitsplätzen und Lernorten treten wir für Respekt und Menschenwürde und gegen rechte Hetze und Menschenfeindlichkeit ein.

Aktuell geraten diese Haltungen unter Druck, wie die letzten Landtagswahlergebnisse in Hessen und Bayern sowie die Bundestagswahl gezeigt haben. Zugewinne für die AfD bedrohen die Rechte von Beschäftigten und die gewerkschaftliche Organisation. Durch Deutschland geht ein Rechtsruck. Die AfD schürt nicht nur Angst und Hass, sondern sucht für gesellschaftliche und soziale Missstände stets Sündenböcke. Sozialpolitische Fragen und das Thema der gerechten Verteilung von Vermögen und finanziellen Lasten im Land betrachtet die AfD nicht als Frage von Kapital und Arbeit, sondern einzig und allein als Gegensatz von "Wir gegen die". In ihrer aktuellen völkisch-nationalen Perspektive hat die AfD einen zentralen Schuldigen ausgemacht: Geflüchtete und Schutzsuchende. Sie sind aus Sicht der demokratiefeindlichen AfD für alle Probleme verantwortlich – sei es auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungsnot oder auch in der Bildungs- oder Gesundheitspolitik. Eine derart eindimensionale und ausgrenzende Politik trägt jedoch nicht

zur Lösung realer Probleme in Gesellschaft und Arbeitswelt bei.

Soziale Sicherheit bedeutet gleichzeitig gesellschaftliche Sicherheit. Ein gesicherter Arbeitsplatz, eine gesicherte Daseinsvorsorge und eine gesicherte Umwelt führen unweigerlich zu einem gestärkten Vertrauen in die demokratischen Strukturen unseres Landes. Unsicherheiten, die von den rechten Parteien geschürt werden, spalten die Gesellschaft, schaden der Binnennachfrage und führen zu Radikalisierung. Daher ist es Aufgabe der demokratischen Strukturen, der Wirtschaft und der demokratischen Verbände, diese Sicherheit zu schützen und zu fördern.

In Verbänden wie den Gewerkschaften oder dem BUND Naturschutz wird Demokratie aktiv gelebt. Hier stehen Menschen füreinander ein und ringen miteinander um gute Kompromisse für die Lösung der Probleme unserer Gesellschaft. Wir verstehen uns in diesem Engagement als zentralen Bestandteil der Zivilgesellschaft. Gemeinsam wollen wir unsere Demokratie widerstandsfähiger machen. Denn wir müssen feststellen: Unsere bisherigen Anstrengungen reichen nicht aus. Aktuell geht es um die Existenz unserer Demokratie und aller Fortschritte, die wir bisher durchgesetzt haben. Egal ob Naturschutz oder Arbeitnehmer*innenrechte: Der Rechtsruck ersetzt mühsam erstrittene Rechte auf Mitbestimmung und Rechtsstaatlichkeit durch das autoritäre Recht des Stärkeren.